



Nr. 29

1. September 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99

Inhalt

dbb Bürgerbefragung 2022

[„Schönwetter-Daseinsvorsorge“: Vertrauen in den Staat auf historischem Tiefstand](#)

dbb drängt auf Ergebnisse

[Digitalstrategie: „Bundesregierung muss jetzt abliefern“](#)

SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung

[Steigende Energiekosten durch Homeoffice: Beschäftigte nicht alleine lassen](#)

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

[Klare Empfehlung für Familienpflegezeit und -geld](#)

Neue dbb Kampagne gestartet

[„wir. für euch.“](#)

dbb jugend

[9-Euro-Ticket: Ist der ÖPNV bereit für dauerhaft günstige Preise?](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Wegstreckenentschädigung: Vorübergehende Anhebung geplant](#)

Schleswig-Holstein

[Fahrrad-Leasing im öffentlichen Dienst: Pragmatismus und Flexibilität fehlt](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Ideologische Auswahl von Literaturwerken führt in eine Sackgasse](#)

Namen und Nachrichten

aktuell

dbb Bürgerbefragung 2022 „Schönwetter-Daseinsvorsorge“: Vertrauen in den Staat auf historischem Tiefstand

Schonungslos haben die letzten Jahre gezeigt, dass der öffentliche Dienst nicht krisenfest aufgestellt ist. Die Folge: Nie war das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat geringer.

Laut der dbb Bürgerbefragung 2022 sind nur noch 29 Prozent der Befragten der Meinung, der Staat sei handlungsfähig und könne seine Aufgaben erfüllen. Zwei Drittel (66 Prozent) glauben das nicht. „Der Trend war bereits letztes Jahr zu erkennen, jetzt ist das Kind endgültig in den Brunnen gefallen. Klima, Krieg, Corona, Kostenexplosion: Egal in welchem Lebensbereich eine Krise auftritt, der Staat präsentiert sich schlecht vorbereitet. Jetzt zahlt die Gesellschaft den Preis dafür, dass wir bei der Politik um jeden Euro und jede Stelle für den öffentlichen Dienst feilschen müssen. Wir haben leider nur noch eine Schönwetter-Daseinsvorsorge. Das ist die traurige Wahrheit, und die Menschen erleben das jeden Tag“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 1. September 2022 bei der Vorstellung der Umfrage-Ergebnisse, die das Meinungsforschungsinstitut forsa erhoben hat.

„Einmal mehr zeigen die Zahlen aber auch, dass die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich zwischen ausbleibender beziehungsweise schlechter politischer Führung auf der einen Seite und engagierten Menschen im öffentlichen Dienst auf der anderen Seite unterscheiden“, erklärte Silberbach. So seien unter den beliebtesten Berufsgruppen ganz überwiegend Jobs aus der Daseinsvorsorge vertreten. Die Top 5 belegen beispielsweise Feuerwehrleute, Krankenpflegepersonal, Ärztinnen und Ärzte, Altenpflegepersonal sowie Polizeikräfte. „Wer

einen konkreten Dienst für die Gesellschaft erbringt, erfährt von seinen Mitmenschen dafür in der Regel Wertschätzung – oft mehr als vom Arbeitgeber oder Dienstherrn“, so der dbb Chef. Auch das Profil der Beamtinnen und Beamten ganz allgemein werde zwar von der Vertrauenskrise in den Staat negativ beeinflusst, bleibe dabei aber auf einem erfreulich hohen Niveau: Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland verbindet mit dem Berufsbeamtentum weiterhin Eigenschaften wie „pflichtbewusst“, „verantwortungsbewusst“, „zuverlässig“ und „rechtschaffen“.

„Gerade die Bundespolitik sollte außerdem zur Kenntnis nehmen, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr genau um die Bedeutung eines funktionierenden gesellschaftlichen Miteinanders und von leistungsfähigen öffentlichen Einrichtungen wissen. Die sind ihnen – anders, als es oft unterstellt wird – oft sogar wichtiger als der eigenen Geldbeutel“, stellte der dbb Bundesvorsitzende heraus. So stünden bei den wichtigsten Staatsaufgaben neben der allgemeinen „Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit“ auch der Klimaschutz, die Infrastruktur und die Modernisierung des öffentlichen Dienstes ganz oben. Erst dann folge die „Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise“. Silberbach: „Das zeigt deutlich: Ohne einen starken öffentlichen Dienst und eine krisenfeste Daseinsvorsorge wird der Staat das Vertrauen der Bevölkerung nicht zurückgewinnen können.“

dbb drängt auf Ergebnisse Digitalstrategie: „Bundesregierung muss jetzt abliefern“

Die Bundesregierung hat ihre Digitalstrategie mit dem Titel „Gemeinsam digitale Werte schöpfen“ verabschiedet. Der dbb drängt auf Ergebnisse.

Mit der Digitalstrategie sollen die politischen Schwerpunkte der Bundesregierung beim Querschnittsthema Digitalisierung unter einem Dach zusammengeführt werden. Die Strategie bildet den übergeordneten Rahmen für die Digitalpolitik der Bundesregierung bis 2025. Ursprünglich sollte die Digitalstrategie bereits vor der Sommerpause verabschiedet werden.

„Schön, dass die Bundesregierung ihre längst überfällige Digitalstrategie nun endlich vorgelegt hat. Positiv ist, dass konkretere Ziele in den einzelnen Themenfeldern bis 2025 formuliert wurden. Allerdings hätten wir uns an einigen Stellen deutlich ambitioniertere Ziele gewünscht,“ sagte der dbb Bundesvorsitzende

Ulrich Silberbach am 31. August 2022 zum Beschluss des Bundeskabinetts bei seiner Klausur in Meseberg.

Zahlreiche Projekte in der neuen Digitalstrategie wurden bereits von der Vorgängerregierung initiiert, aber nicht umgesetzt, und sollen jetzt fortgeführt werden. „An Projekten, Ankündigungen, Strategien und Programmen im Bereich der Digitalisierung hat es noch nie gemangelt. Schon immer wurden viele Versprechungen gemacht und hochtrabende Ziele verkündet. Es bleibt dabei: Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Bundesregierung muss jetzt abliefern und schnell ins Machen kommen, wenn die Ziele in der Digitalstrategie erreicht werden sollen. Am Ende sind nicht die festgelegten, sondern allein die erreichten Ziele entscheidend.“

Die digitalpolitischen Vorhaben aus der Strategie sollen von einer Vielzahl von verschiedenen Ressorts in eigener Verantwortung umgesetzt werden. Ein Staatssekretärsausschuss unter Vorsitz des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr soll die Umsetzung der Strategie begleiten und steuern. „Wir werden nur vorankommen, wenn alle Ministerien bei der Umsetzung an einem Strang ziehen. Dass die Koalitionspartner mehr als acht Monate für die endgültige Ressortaufteilung bei der Digitalisierung gebraucht haben, setzt in der Hinsicht leider kein gutes Zeichen. Gewinnbringender als eine Koordinierung auf Staatssekretärebene wäre für den Erfolg der Strategie die Einrichtung eines Digitalkabinetts unter Leitung des Bundeskanzlers“, so Silberbach.

Bereits am Tag zuvor hatte der dbb Chef der Bunderegierung beim Zukunftskongress-Thinktank am 30. August 2022 in Berlin ein schlechtes Zwischenzeugnis ausgestellt: „Die Ampelkoalition ist in Sachen Digitalisierung mit ambitionierten Zielen stark gestartet, hat dann jedoch stark nachgelassen. Sie hat es verpasst, die digitalpolitischen Kompetenzen entschiede-

ner und mutiger zu bündeln. Stattdessen drohen geteilte Federführungen, Kompetenzgerangel, Zuständigkeitshickhack und eine unzureichende Koordinierung die Digitalisierung erneut auszubremsen.

Habe der Koalitionsvertrag 2021 vielen Akteuren der Staatsmodernisierung zunächst Hoffnung gemacht, stecke man noch immer im „Wimmelbild der Verantwortlichkeiten“ fest, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende. „Die Verwaltungsmodernisierung kommt weiter nur im Schnecken tempo voran, das Zuständigkeitschaos dauert an, so dass nach wie vor viele Digitalprojekte wegen komplizierter Ressortabstimmungen und diffusen Zuständigkeiten auf der Strecke bleiben. Kompetenzen und Federführungen sind zum Teil doppelt, dreifach oder überhaupt nicht verteilt – wer soll da eigentlich noch durchblicken?“, fragte Silberbach in Richtung Bundesregierung.

So drohe die von Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie von den Beschäftigten so dringend erhoffte Verwaltungsdigitalisierung insbesondere auf dem Feld der Dateninfrastruktur – „ein ganz entscheidendes Thema für die Staatsmodernisierung“ – zu scheitern. „Ohne kompatible digitale Dateninfrastruktur ist im 21. Jahrhundert kein Staat zu machen. Wenn ich mir aber ansehe, dass für die Umsetzung des hierfür maßgeblichen Data Act der Europäischen Union das Bundeswirtschafts- und das Bundesverkehrsministerium die Federführung gemeinsam übernehmen sollen – wobei das erstere national, das letztere europäisch führt –, die nationale Datenstrategie in geteilter Federführung zwischen Bundesverkehrs- und Bundesinnenministerium weiterentwickelt werden und das geplante Dateninstitut wiederum gemeinsam von Bundeswirtschafts- und Bundesinnenministerium verantwortet werden soll, wobei hier auch noch das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen Anspruch auf die Co-Federführung angemeldet hat, ist klar: So wird das nix“, kritisierte der dbb Chef.

SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung

Steigende Energiekosten durch Homeoffice: Beschäftigte nicht alleine lassen

Die Bundesregierung setzt erneut auf mehr Homeoffice, sollte sich die Corona-Pandemie im Herbst wieder ausweiten. Für die Beschäftigten könnte das teuer werden, warnt der dbb.

„Es ist grundsätzlich natürlich vollkommen richtig, die Möglichkeiten für flexibles Arbeiten zu nutzen und auszuweiten – auch unabhängig von der Pandemie. Klar ist aber auch, dass die

Bemühungen zum Energiesparen, wie etwa die Pläne zur Absenkung der Raumtemperatur in den Verwaltungen, damit ein Stück weit ins Leere laufen. Für die Beschäftigten kann das

außerdem angesichts der rasant steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere beim Heizen, sogar richtig teuer werden. Damit dürfen sie nicht alleine gelassen werden“, forderte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 26. August 2022 mit Blick auf die geplante SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung.

„Wie diese Unterstützung aussieht, kann man diskutieren. Die Homeoffice-Pauschale ist sicherlich ein Weg. Angesichts der Tatsache,

dass schon jetzt viele Menschen akute Finanzsorgen haben, sollten aber auch kurzfristige direkte Zahlungen durch die Arbeitgebenden kein Tabu sein. Schließlich ergeben sich für sie in vielen Fällen große Einsparpotenziale, wenn beispielsweise ganze Büroetagen nicht genutzt und damit auch nicht beheizt werden müssen. Gerade vom Staat erwarte ich, dass er hier in seiner Rolle als Dienstherr beziehungsweise Arbeitgebender mit gutem Beispiel vorangeht und die Kolleginnen und Kollegen nicht im Regen stehen lässt“, erklärte der dbb Chef.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf **Klare Empfehlung für Familienpflegezeit und -geld**

Berufstätigen soll die Pflege von Angehörigen deutlich erleichtert werden. Das fordert ein Expertengremium, dem auch der dbb angehört.

Der „Unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“ im Bundesfamilienministerium hat ein entsprechendes Konzept zur Ausgestaltung einer Familienpflegezeit und eines Familienpflegegeldes vorgelegt. „Wir sind überzeugt, dass damit pflegende Angehörige ihre Sorgearbeit mit ihrer beruflichen Tätigkeit besser unter einen Hut bringen können – auch durch eine entsprechende finanzielle Absicherung. Die zügige Umsetzung der Vorschläge würde die Situation vieler betroffener Menschen im Land schlagartig verbessern“, sagt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Übergabe des Beirat-Berichts an Bundesfamilienministerin Lisa Paus am 26. August 2022 in Berlin.

Der Großteil von Pflegebedürftigen in Deutschland wird von Angehörigen zu Hause gepflegt. Die Pflege innerhalb der Familie stellt dabei insbesondere Berufstätige vor große Herausforderungen. Im Koalitionsvertrag wurde daher vereinbart, das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz weiterzuentwickeln und pflegenden Angehörigen und Nahestehenden

mehr Zeitsouveränität, auch durch eine Lohnersatzleistung im Falle pflegebedingter Auszeiten, zu ermöglichen.

Der Vorschlag des Beirates sieht – weitgehend entsprechend den Regelungen zum Elterngeld – einen Zeitraum von 36 Monaten für die Familienpflegezeit vor, in der neben der Pflege eine Berufstätigkeit von bis zu 32 Stunden in der Woche ausgeübt werden kann; die Differenz zwischen dem pflegebedingt reduzierten Einkommen und dem in den letzten zwölf Monaten zuvor bezogenen Entgelt wird (ebenfalls wie beim Elterngeld) als steuerfinanziertes Familienpflegegeld zu 65 Prozent, höchstens jedoch bis zu etwa 1.800 Euro, ausgeglichen. „Aus Sicht des Beirates ist allerdings sowohl beim Elterngeld als auch beim Familienpflegegeld eine deutliche Anhebung der prozentualen Bemessung sowie der Obergrenze von 1800 Euro notwendig. Auch eine Dynamisierung ist angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten erforderlich“, betonte der dbb Chef.

Neue dbb Kampagne gestartet **„wir. für euch.“**

„wir. für euch.“ lautet der Claim der neuen dbb Testimonial-Kampagne, die am 29. August 2022 gestartet ist und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Fokus rückt.

Die klare Botschaft der neuen dbb Kampagne: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind für alle da, und der dbb steht als gewerkschaftlicher Dachverband jederzeit fest an der

Seite der rund 5 Millionen Menschen im Dienst der Menschen. Im Fokus der Motive stehen zahlreiche Beschäftigte aus dem öffentlichen

Dienst und den privatisierten Bereichen. Polizistin, Lehrerin, Erzieher, Lokführer, Paketzusteller, Finanzbeamtin und viele mehr – allesamt „dbb Originale“, also Mitglieder in einer der dbb Fachgewerkschaften – kommen zu Wort: „Wir mögen Applaus. Aber wir brauchen faire Arbeitsbedingungen.“, erklärt die Krankenpflegerin. „Wir sind immer für dich da. Nicht nur, wenn es brennt“, sagt die Feuerwehrfrau. Und der Kommunalbeamte weiß: „Im öffentlichen Dienst wirst du weder reich noch berühmt. Aber alle wollen was von dir.“

Seit 29. August 2022 sind die Motive als digitale Anzeigen online und in den sozialen Medien Twitter, Facebook und Instagram zu sehen, im Laufe des Jahres wird Außenwerbung auf Großflächenplakaten und Infoscreens hinzukommen.

„Der dbb macht mit seinen neuen Testimonials deutlich, wo er als gewerkschaftlicher Dachverband steht: Fest an der Seite der Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag und oft auch Nacht für Nacht dafür sorgen, dass Deutsch-

land funktioniert“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach zum Kampagnen-Kickoff am 29. August 2022 in Berlin. „Nach mehr als zweieinhalb Jahren Corona-Pandemie und Jahrzehnten des strukturellen Personalmangels ist es an der Zeit, dem öffentlichen Dienst sichtbar Rückendeckung zu geben, und dieser Appell richtet sich an die Politik und die Gesellschaft gleichermaßen“, betonte Silberbach. „Die Menschen im Staatsdienst und in der systemrelevanten Infrastruktur können und wollen modern, digital und agil arbeiten, wollen den Menschen und der Wirtschaft gute Dienste leisten. Aber sie sind zu wenige, und die Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, reichen bei weitem nicht aus, um anstehende Herausforderungen wie den Klima- und demografischen Wandel nachhaltig meistern zu können. Es braucht eine Innovations- und Investitions-offensive für den öffentlichen Dienst, und davon profitieren letztendlich auch das ganze Land und die Menschen, die hier leben“, so der dbb Bundesvorsitzende. „wir. für euch.“ ist die verbindende Formel, die zum gemeinsamen Motto werden muss, wenn wir den öffentlichen Dienst zukunftsfest aufstellen wollen.“

dbb jugend

9-Euro-Ticket: Ist der ÖPNV bereit für dauerhaft günstige Preise?

Am 24. August 2022 diskutierten dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski und der stellvertretende Vorsitzende Claudio Albrecht auf Instagram über das 9-Euro-Ticket und dessen Zukunft.

In den ersten zwei Monaten seiner Laufzeit wurde das 9-Euro-Ticket insgesamt 38 Millionen Mal verkauft. Zusätzlich wurden 10 Millionen Menschen mit bestehendem ÖPNV-Abonnement finanziell entlastet. „Die Bürgerinnen und Bürger wollen einen bezahlbareren ÖPNV“, hielt Matthäus Fandrejewski fest. Ein positiver Effekt auf die Umwelt blieb zwar aus, da viele Pendlerinnen und Pendler weiter mit dem Auto fahren. Doch Fandrejewski lobte den Aspekt der sozialen Teilhabe: „Der Grundtenor war, dass Bürgerinnen und Bürger entlastet werden. Das bedeutet auch, dass sie mal Ausflüge machen oder in den Urlaub fahren können.“

Claudio Albrecht, Lokführer und Mitglied der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), kritisierte, dass der soziale Aspekt des 9-Euro-Tickets nur eindimensional gedacht worden sei: Das Ticket sei in Städten beliebt

und tatsächlich nutzbar, doch die ÖPNV-Infrastruktur auf dem Land sei so mangelhaft, dass das Ticket dort kaum ankäme, weil seine Nutzbarkeit überhaupt nicht gegeben sei. Die unzureichende Infrastruktur sei „Knackpunkt“ in der Debatte über einen günstigeren ÖPNV und die Verkehrswende: „Wir haben weder ordentliche Fahrzeuge noch genug Personal. Die Kolleginnen und Kollegen im Eisenbahnsektor gehen auf dem Zahnfleisch.“ Erst wenn diese Problematiken gelöst seien, könnten die Verkehrsbetriebe ernsthaft über eine Nachfolge für das 9-Euro-Ticket nachdenken.

Matthäus Fandrejewski und Claudio Albrecht zeigten sich einig: Der zweite Schritt sollte nicht vor dem ersten gemacht werden. Voraussetzung dafür, dass der ÖPNV vermehrt genutzt wird, sind nicht nur günstige Preise – er muss auch funktionieren. Investitionen in den Ausbau von Schiene, Personal und Frequenz seien deshalb unabdingbar.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Wegstreckenentschädigung: Vorübergehende Anhebung geplant

Die Landesregierung will die Wegstreckenentschädigung von 0,30 Euro auf 0,35 Euro für die Nutzung privater Kraftfahrzeuge und von 0,23 Euro für die Nutzung privater zweirädriger Kraftfahrzeuge und Fahrräder anheben. Der DBB NRW begrüßte die Pläne grundsätzlich.

Da die Entwicklung der Energiepreise derzeit nicht absehbar ist, ist die Anhebung zunächst befristet, nämlich vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2024. Vor Ablauf des Zeitraums soll die Regelung evaluiert werden, im Anschluss kommen sowohl eine dauerhafte Anhebung der Wegstreckenentschädigung als auch eine Absenkung auf das bislang geltende Niveau in Betracht.

Da steigende Energiekosten sowie hohe Benzin- und Dieselpreise neben der Inflation eine nicht unerhebliche Belastung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes darstellen, begrüßte der DBB NRW die geplante temporäre Erhöhung am 1. September 2022 grundsätzlich. Für den dbb Landesbund ist aber bereits heute klar, dass die Wegstreckenentschädigung im Anschluss nicht wieder auf das alte Niveau abgesenkt werden dürfe, da dieses längst nicht mehr zeitgemäß sei.

Schleswig-Holstein

Fahrrad-Leasing im öffentlichen Dienst: Pragmatismus und Flexibilität fehlt

Nachdem für das Fahrrad-Leasing in Schleswig-Holstein beim Land am 1. September der Startschuss fällt und bei einigen Kommunen bereits seit einiger Zeit Angebote bestehen, kritisiert der dbb schleswig-holstein die großen Unterschiede bei den Möglichkeiten für die Beschäftigten.

„Anstatt im öffentlichen Dienst mit einem echten und einheitlichen Attraktivitätsgewinn zu punkten, werden kleinkarierte Hürden aufgebaut, die wieder zu Gerechtigkeitslücken führen“, moniert dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. Das größte Ärgernis sei, das sämtlichen Tarifbeschäftigten des Landes das Fahrrad-Leasing weiterhin verwehrt bleibe. Der Grund: Es fehle ein Tarifvertrag, der die dafür erforderliche Entgeltumwandlung zulässt. Dafür sei in erster Linie allerdings nicht das Land Schleswig-Holstein, sondern die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) verantwortlich. Dort würden flexible Tarifregelungen und flankierende Zuschüsse für die Beschäftigten blockiert.

Das Fahrrad-Leasing starte auf Landesebene deshalb lediglich für die Beamtinnen und Beamten. Für sie gebe es grünes Licht, weil das Besoldungsrecht des Landes zu diesem Zweck eine Gehaltsumwandlung zulässt. Das sei für die Beamtinnen und Beamten sicher besser als nichts, aber man habe sich eine ergän-

zende Zuschussregelung – die rechtlich zulässig wäre – gewünscht, statt allein auf Besoldungsverzicht zu setzen.

Positiv bewertet der dbb sh dagegen die Praxis mehrerer Kommunen: Hier werden den Beschäftigten – egal ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet – mehrere Optionen angeboten. Das kann zum Beispiel so aussehen: Es wird ein Zuschuss in Höhe von 30 Euro angeboten, der wahlweise für das Leasing oder den Kauf von Fahrrädern oder aber für ein Nahverkehrsticket genutzt werden kann – jeweils steuerfrei. Die Kommunen können dabei auf einen bestehenden Tarifvertrag und – wie auch das Land – auf das einschlägige Landesbesoldungsrecht zurückgreifen.

Der dbb sh appelliert an die Arbeitgeber, diese Flexibilität flächendeckend zu etablieren. Dazu gehöre auch, dass die TdL ihre Blockade aufgibt und die Bedeutung einer klimafreundlichen Mobilitätswende sowie einer Arbeitgeberattraktivität endlich erkennt.



Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) **Ideologische Auswahl von Literaturwerken führt in eine Sackgasse**

Der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm hat einen verbindlichen Literaturkanon für alle Schüler aller Schularten gefordert.

„Die Diskussion über die Behandlung oder Nichtbehandlung von Goethes ‚Faust‘ zeigt ein Dilemma der Bildung in unserem Land auf. Man kann sich nicht auf verbindliche literarische Standardwerke einigen, die zum grundlegenden Erfahrungsschatz eines jeden Schülers in unserem Land gehören müssen. Stattdessen verflachen die sprachlichen, literarischen und kulturellen Kenntnisse und Fähigkeiten“, sagte Böhm am 29. August 2022 zur aktuellen „Faust-Diskussion“.

Böhm forderte, dass nicht nur in der gymnasialen Oberstufe literarische Standards gesetzt werden müssen, die zum Verständnis von

Sprache und Kultur unumgänglich sind, sondern in allen Bildungsgängen von Anfang an – ab der Grundschule. Das ständige zeitgeistabhängige Anpassen der Auswahl an Literatur und die mitunter ideologisch motivierte, pseudokorrekte Auswahl von Literaturwerken führten zunehmend in eine Sackgasse.

„So sind Sprache und Literatur nicht vermittelbar“, so Böhm weiter. „Uns fehlen in Deutschland einheitliche, kulturprägende Rezeptionserfahrungen durch literarische Standardwerke und dazu gehören mit Sicherheit Goethes ‚Faust‘ und weitere prägende deutschsprachige Werke der vergangenen Jahre und Jahrhunderte.“

Namen und Nachrichten

dbb Chef Ulrich Silberbach fordert ein Entgegenkommen des Lufthansa-Vorstands im Tarifkonflikt mit der Vereinigung Cockpit. „Carsten Spohr kann und muss diesen Arbeitskampf abwenden, indem er den Pilotinnen und Piloten ein verbessertes Angebot vorlegt“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende am 1. September 2022 in Berlin. Die Lufthansa sei in diesem Konflikt nicht irgendein Arbeitgeber. „Ein Konzern, der in der Corona-Krise mit neun Milliarden Euro aus Steuermitteln gerettet wurde, kann seine Sanierung nicht einseitig auf Kosten der Beschäftigten betreiben und tausende von Stellen abbauen. Das können die Kolleginnen und Kollegen nicht hinnehmen“, so Silberbach. Die Forderungen der Pilotinnen und Piloten nach Ausgleich des Reallohnverlustes und einer zukunftsfähigen Lösung für die Vergütungsstruktur in allen Berufsgruppen seien inhaltlich voll berechtigt. „Der dbb als Dachverband steht in dieser Auseinandersetzung natürlich solidarisch an der Seite der Vereinigung Cockpit“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende.

Nach einem letzten Termin am 30. August 2022 konnten die Redaktionsverhandlungen zur Umsetzung der Tarifeinigung im Sozial-

und Erziehungsdienst (SuE) vom 18. Mai 2022 erfolgreich abgeschlossen werden. Neben der tarifvertraglichen Umsetzung der Themen in den Änderungsstarifverträgen konnte der **dbb** mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) nicht nur offene Fragen klären, sondern auch zusätzliche Verbesserungen für die Beschäftigten erreichen. Alle Details gibt dazu gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de)

Nach einer langen pandemiebedingten Unterbrechung gehen die Verhandlungen zu den Zeitzuschlägen für die Sicherheitskräfte an Flughäfen endlich weiter. Die **dbb** Verhandlungskommission hält an ihren Anfang 2020 beschlossenen Forderungen weiterhin fest und hat die Forderungen gegenüber dem Arbeitgeberverband BDLS am 26. August 2022 erneut ausführlich begründet. Sie umfassen eine deutliche Steigerung der Zeitzuschläge in der Luftsicherheit. Arbeit zu ungünstigen Zeiten und zusätzliche Arbeit müssen angemessen vergütet werden. Die Arbeitgeberseite hat bisher kein Angebot vorgelegt. Ein neuer Verhandlungstermin wurde für den 5. Oktober 2022 vereinbart.

Termine:

14. September 2022, Online

Geh, hör! #digital - Ideenwerkstatt des dbb

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/veranstaltungen/geh-hoer.html>

27. - 30. November 2022, Berlin

dbb Gewerkschaftstag 2022

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.
